

Schlussitzung der Enquete über die Regelung des Meliorationswesens.

Wien, 12. Januar.

Unter dem Vorsitze des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca fand heute die Schlussitzung der Enquete statt. Zur Verhandlung gelangten zunächst die Grundzüge für die Durchführung der Reform, wobei die Fragen der Beschaffung der Projekte, der Ueberprüfung derselben und des administrativen Verfahrens, der Bauleitung, der Kontrolle der Ausführung und der Erhaltung der Bauten sowie der finanziellen Sicherstellung der einzelnen Unternehmen den Gegenstand der Erörterung bildeten.

Zur Frage der finanziellen Sicherstellung der einzelnen Unternehmen wurde von mehreren Rednern der Ueberschauung ausgedrückt, dass die Erfüllung der Meliorations-Kreditbedürfnisse wie bisher auch in Zukunft am besten durch die bestehenden Landes-Kreditinstitute zu erfolgen hätte, und gewünscht, dass diese Institute bei der Gewährung von Meliorationskrediten seitens des Staates die möglichste Unterstützung fänden. An der öffentlich-rechtlichen Struktur der bisherigen Ausführungsform möge nichts geändert werden. Die Erteilung einer Staatsgarantie wurde als entbehrlich bezeichnet.

Finanzrat Dr. v. Rosing führt reflektierend auf die Ausführungen einiger Redner aus, dass das Finanzministerium die glatte Deckung des Gelddarfs für Meliorationszwecke durchaus nicht für unmöglich hält, vorausgesetzt, dass ein tunlichst großer Teil der Kosten durch bare Beiträge der Interessenten aufgebracht und die Forderungsauszahlung des Gelddarlehens auf einen längeren Zeitraum aufgeteilt wird. Von dem ursprünglichen Projekte der Errichtung eines zentralen Meliorations-Kreditinstitutes in Wien wurde Abstand genommen, um den bestehenden Instituten keine Konkurrenz zu bereiten, um nicht den Forderungen der Placierung eines neuen Landesaussehens zu sein und um nicht große Massen eines solchen neuen Titels bei eventuellen Kurschwankungen stützen zu müssen. Gegenwärtig besteht der Plan, im Finanzministerium eine Kreditvermittlungsstelle einzurichten, welche — wie es schon bisher in zahlreichen Fällen gehalten wurde — ihre guten Dienste den Meliorations-Kreditverbernen zur Verfügung stellen könnte. Sie würde die bei ihr angemeldeten Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen bei den bestehenden Hypothek- und Kommunal-Kreditanstalten placieren. An der öffentlich-rechtlichen Struktur der bisherigen Ausführungsform für Kommunalredite wird kaum etwas geändert werden. Die Erteilung einer besonderen Staatsgarantie für Meliorationspfandbriefe oder Meliorations-Schuldverschreibungen erscheint überflüssig, da sich der Kurs derartiger ersparnisreicher Papiere ohnehin jeweils auf die günstigste Höhe stellen dürfte.

In der Nachmittagsitzung gelangte die Frage, ob die ganze Materie durch ein Reichsgesetz bei Aufhebung, beziehungsweise Abänderung des Meliorationsgesetzes vom 4. Januar 1909 geregelt werden soll, ferner die Frage der Uebergangsbestimmungen zur Erörterung.

Sektionschef Dr. Deutsch verweist auf die Notwendigkeit der Abänderung des § 8 des Meliorationsgesetzes und bittet um Aeußerung eventueller Wünsche in bezug auf Abänderung anderer Bestimmungen des Meliorationsgesetzes aus die dem Anlaß, wobei er betont, daß die materiell-rechtlichen Bestimmungen bezüglich der Förderung der Requalifikationen und Wiltbachverbauungen und bezüglich des Meliorationsfonds keine Aenderung erfahren sollen.

Sektionsrat Dr. Freiherr v. Alter gibt Aufklärungen über die geplanten Aenderungen des Wasserrechtes, zu welchen sich die Regierung im Interesse der rascheren Durchführung ihres Wirtschaftsprogramms gedrängt erachte.

In der Debatte wurde die Notwendigkeit einer Abänderung des Meliorationsgesetzes anerkannt und von einer Seite angeregt, die Wünsche der Landesauschüsse in dieser Richtung dem Ackerbauministerium schriftlich bekanntzugeben. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auf bereits genehmigte Projekte in den Uebergangsbestimmungen besondere Rücksicht zu nehmen sei. Allgemein wurde den von der Regierung geplanten Aenderungen der Vereinfachung des Wasserrechtsverfahrens zugestimmt. Weiter wurde die dringende Notwendigkeit der Schaffung eines Elektrizitätsgesetzes, der Vereinfachung des Verfahrens und der rascheren Durchführung agrarischer Operationen hervorgehoben.

Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca dankt den Mitgliedern der Enquete für ihre an den Tag gelegte Ausdauer sowie für die wohlwollende Aufnahme der Absichten der Regierung, aus welcher der Minister nicht nur persönlichen, sondern auch sachlichen Nutzen zu schöpfen in der Lage war. Wenn auch anfangs eine gewisse Unentschiedenheit, vielleicht sogar ein gewisses Misstrauen zum Ausdruck gelangte, könne der Minister mit Freude konstatieren, daß dies im weiteren Verlaufe der Debatte nicht der Fall war, daß vielmehr alle Redner das Produktionsprogramm der Regierung aufwärmte und freundlichste begrüßt haben. Er könne daraus die Hoffnung schöpfen, daß diejenigen, welche das Programm gutgeheißen haben, auch nicht davor zurückzureden werden, den Weg zu betreten, der zum Ziele führt. In Uebereinstimmung mit vielfachen Anregungen sehe auch er die Reform des landwirtschaftlichen Unterrichtes als eine ebenso dringende als wichtige Angelegenheit an. Wenn benütze er diese Gelegenheit, seine Absicht anzukündigen, die Reform des landwirtschaftlichen Unterrichtes im Einvernehmen mit der Unterrichtsverwaltung und unter Mitwirkung der berufenen landwirtschaftlichen Faktoren und Organisationen in die Wege zu leiten. Die Regierung halte es auch für ihre Pflicht, den vom Feinde zerstörten Gebieten der Monarchie in betreff des

Meliorationswesens eine nachhaltige Unterstützung zu gewähren. Die Regierung wird, schließt der Minister, bestrebt sein, auf dem Gebiete der Steigerung der Produktion ihre Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Tun auch Sie Ihre Pflicht, helfen Sie der Regierung, daß sie den betretenen Weg mit Erfolg weitererschreie.

Abg. Dr. Schoepfer dankt dem Ackerbauminister und seinen Mitarbeitern, daß sie den großzügigen Plan der Steigerung der Bodenproduktion der Verwirklichung zuführen wollen, insbesondere auch dafür, daß die Vertreter der Landesverwaltungen eingeladen wurden, über diese Fragen ihre Meinung abzugeben. Dem vom Ackerbauministerium geplanten großen Unternehmen komme nicht nur eine hervorragende wirtschaftliche, sondern auch große politische Bedeutung zu, weil dadurch der Deffentlichkeit gezeigt werde, daß es in Oesterreich wichtige Aufgaben gibt, deren Erfüllung alle zu rieblicher Mitarbeit zusammenschließt. Er dürfe wohl namens aller Anwesenden die Hoffnung aussprechen, daß das vom Ackerbauministerium geplante Werk möglichst bald greifbare Formen annehme.

Die Enquete wird sodann geschlossen.